

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Dr. Hans Apel MdB legt dar, daß eine gerechte Steuerpolitik auch wirtschaftspolitisch vernünftig wäre: Die private Nachfrage stimulieren.

Seite 1

### Rezension

Dr. Karsten Schröder bespricht das Gorbatschow-Buch der SPD-Parlamentarier Michael Müller, Gerhard Heimann und Hans-Ulrich Klose sowie von Karlheinz Maldaner.

Seite 3

### Dokumentation

Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt entwickelte in Berlin in einem Vortrag Perspektiven für diese Stadt, die wir in zwei Teilen dokumentieren. Teil II und Schluß.

Seite 4

42. Jahrgang / 191

7. Oktober 1987

### Die private Nachfrage stimulieren

Eine gerechte Steuerpolitik wäre auch wirtschaftspolitisch vernünftig

Von Dr. Hans Apel MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Gerade bei der gegenwärtig labilen Konjunkturlage und bei den enormen Unsicherheiten, die an der außenwirtschaftlichen Flanke bestehen, brauchen die wirtschaftlichen Entscheidungsträger von der Wirtschafts- und Finanzpolitik eine verlässliche Orientierung. Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Berechenbarkeit sind nicht nur die Geschäftsgrundlage für das Kreditgewerbe. Für unsere gesamte Volkswirtschaft sind Stetigkeit und Vorhersehbarkeit des von der Politik gesetzten Datenkranzes heute wichtiger denn je.

Die gegenwärtigen Unklarheiten über den künftigen Kurs der Finanzpolitik stehen in deutlichem Widerspruch zu der Aufgabe, klare und stabile Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Ungewißheit über die Einzelheiten der angekündigten Steuererhöhungen von 19 Milliarden DM und über den weiteren Anstieg der Staatsverschuldung führen im Gegenteil zu einer zunehmenden Verunsicherung von Wirtschaft und Verbrauchern. Attentismus bei den Investoren und Kaufzurückhaltung bei den Konsumenten sind die Folge dieser von der Politik geschaffenen Verunsicherung.

Dabei hatten bereits im April dieses Jahres die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrem Frühjahrgutachten festgestellt:

„Mit dem Abtrennen von der Regelung des Umfangs und der Struktur der Steuerentlastung wurde der Grundsatz verletzt, daß Zusammengehöriges auch zusammen behandelt und entschieden werden sollte. Den Unternehmen und Haushalten fehlt damit Klarheit über das, was sie ‚unter dem Strich‘ von der Steuerreform zu erwarten haben. Soll hieraus keine länger anhaltende Unsicherheit und damit Belastung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung werden, so muß über die Finanzierung der Steuerentlastung rasch entschieden werden.“

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebspartner  
mit dem Motto: **Redaktion  
Kontaktpunkt**



42. Jahrgang / 191 / 7. Oktober 1987

Die Haltung der SPD zum Steuerpaket 1990 ist klar: Eine nicht solide finanzierbare Steuersenkung, die entweder zu einem sprunghaften Anstieg der Staatsverschuldung führt oder von der breiten Mehrheit unserer Bürger über eine höhere Mehrwertsteuer finanziert werden muß, lehnen wir ab.

Was wir dagegen wirklich brauchen, ist eine solide finanzierte Steuerpolitik mit Augenmaß, die für mehr Steuergerechtigkeit in unserem Land sorgt: Die Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitnehmer ist heute so hoch wie nie zuvor. Durch Steuersenkungen für kleinere und mittlere Einkommen und durch Strukturreformen bei der Alterssicherung und im Gesundheitssystem muß diese unerträgliche Steuer- und Abgabenbelastung reduziert werden. Nur so verhindern wir einen weiteren Anstieg der Lohnnebenkosten und eine verhängnisvolle Ausweitung der Schattenwirtschaft.

Die Angebotspolitik, die auch hinter den Steuerplänen der Bundesregierung steht, hat nicht die Erfolge gebracht, die sich viele von ihr versprochen haben: Die Zahl der Arbeitslosen liegt heute um 400.000 über der des Jahres 1982. Und das Wirtschaftswachstum war in den letzten Jahren wesentlich schwächer als von den Verfechtern der Angebotsökonomie versprochen worden war.

Dabei waren die internationalen Rahmenbedingungen fast ideal: Das Ausland bescherte uns zuerst einen Exportboom, und - als der auslief - durch den Verfall der Ölpreise allein im letzten Jahr ein 35 Milliarden-Konjunkturprogramm.

Nach einem halben Jahrzehnt praktischer Erfahrung müssen wir heute feststellen: Die Formel: höhere Gewinne gleich mehr Investitionen gleich mehr Wachstum und geringere Arbeitslosigkeit ist nicht aufgegangen.

Die Nettoeinkommen der Unternehmen sind zwar von 1982 bis 1986 real um 60 Prozent gestiegen. Die Bruttoanlageinvestitionen haben real aber nur um sieben Prozent zugenommen.

Wer den Ursachen des Versagens der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik auf die Spur kommen will, muß sich zwei weitere Zahlen vor Augen führen: Der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am gesamten Nettoeinkommen ging von rund 66 Prozent in 1982 auf rund 58 Prozent in 1986 zurück. Gleichzeitig stieg der Kapitalabfluß ins Ausland von 4,3 Milliarden DM auf 60,7 Milliarden DM.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik darf sich nicht länger der einfachen ökonomischen Wahrheit verschließen, daß Angebot und Nachfrage zusammengehören. Eine einseitige Angebotsorientierung ist auf Dauer ebenso zum Scheitern verurteilt, wie eine reine Nachfragepolitik, die keine Rücksicht nimmt auf die Regeln des Marktes oder die Zwänge der internationalen Konkurrenz. Gewinn- und Absatzerwartungen müssen stimmen. Das heißt: Wir müssen zu einem ausgewogenen und vernünftigen policy mix von Angebots- und Nachfragepolitik kommen.

Die wichtigste Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ist der Private Verbrauch. Wer das Wirtschaftswachstum nachhaltig stärken will, darf diese Komponente nicht vernachlässigen.

Von der Privaten Nachfrage gehen nicht die Impulse aus, die für eine Stärkung der Wachstumsdynamik dringend erforderlich sind. In ihrem Jahreswirtschaftsbericht erwartete die Bundesregierung für 1987 noch eine Zunahme des Privaten Verbrauchs um 3 1/2 bis 4 1/2 Prozent. Die Verunsicherung der Konsumenten und deutlich negativere Arbeitsmarkterwartungen haben dazu geführt, daß auch diese Prognose nach unten korrigiert werden muß: Im ersten Halbjahr kam es gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nur zu einem Anstieg um 2,4 Prozent.

Bei dieser Lage wäre es Aufgabe einer wachstumsorientierten Finanzpolitik, Steuersenkungsspielräume so zu nutzen, daß es zu der erforderlichen Stärkung der Privaten Nachfrage kommt. Die Senkung des Spitzensteuersatzes aber - das zeigt die Erfahrung der letzten Jahre ganz klar - wird der deutschen Binnenkonjunktur nicht zugute kommen. Die Milliarde, die allein dieses Element des Steuerpakets 1990 kostet, wird aller Voraussicht nach eher auf Auslandskonten gehen als in die Auftragsbücher der deutschen Wirtschaft.

Nach diesen Überlegungen stelle ich fest: Eine Steuerpolitik, wie wir sie uns vorstellen, die wirklich mehr Steuergerechtigkeit schafft und damit gleichzeitig den Privaten Verbrauch nachhaltig stärkt, ist nicht nur aus sozialen Erwägungen geboten. Sie ist auch wirtschaftspolitisch vernünftiger als eine Politik, die einem längst widerlegten Angebotsglauben anhängt. (-/7.10.1987/rs/ks)

\* \* \*



## REZENSION

## Eine neue Chance für den Sozialismus?

Michael Müller, Gerhard Heimann, Hans-Ulrich Klose, Karlheinz Maldaner: „Es gibt kein Zurück“: Gorbatschows Reformen - Chancen für Europa; Bonn: Dietz 1987, 159 Seiten, DM 9,80.

Seit Michail Gorbatschows Amtsantritt im März 1985 vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über die innenpolitische Entwicklung der Sowjetunion in deutschen Medien berichtet wird. Inzwischen sind auch die Schlüsselbegriffe „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestrojka“ (Umgestaltung) in den internationalen Sprachgebrauch eingegangen, so daß es durchaus an der Zeit ist, nach den angekündigten Reformen eine erste Bilanz zu ziehen. Das Gemeinschaftswerk der Autoren bietet einen interessanten Überblick über „die inneren Zusammenhänge und Triebkräfte des Umgestaltungsprozesses in der UdSSR“.

Die Autoren skizzieren die innen- und außenpolitische Lage der Sowjetunion zu Beginn der 80er Jahre und beschreiben, warum die gesamte gesellschaftliche Organisation der UdSSR, ihre Eigentumsordnung, ihr Planungs- und Lenkungssystem, ihre Arbeitsorganisation und selbst die politischen Strukturen dringend der radikalen Neuordnung bedürfen, „wenn sie nicht zur Blockade der materiellen Entwicklung führen sollen und die Gefahr von politischen und ökonomischen Krisen heraufbeschwören“. Gorbatschow geht es nicht um kleine Korrekturen, er hat vielmehr die ganze Sowjetgesellschaft als veränderbar und veränderungsbedürftig erklärt. Nach Auswertung zahlreicher sowjetischer Quellen zeichnet sich für die Autoren die Richtung des von Gorbatschow eingeleiteten Reformkurses inzwischen deutlich ab. Auch wenn, wie sie aus politischen Äußerungen der Moskauer Führung entnehmen, noch kein umfassendes Reformkonzept vorliegt, so glauben die Autoren fest, daß „ein begrenzter sozialer Pluralismus und verstärkt selbstregulierende Mechanismen ‚sozialer Demokratie‘ in das politische System eingebaut werden“ sollen.

Das sozialdemokratische Autorenteam schildert die eindrucksvolle Fülle der mittlerweile von Gorbatschow angekündigten und ansatzweise umgesetzten Reformen in vielen Bereichen vor allem im Wirtschaftssektor, illustriert deren Auswirkungen ebenso wie die Widerstände. Um nicht bei einer technokratischen Wirtschaftsreform steckenzubleiben, richtet sich die Umgestaltung auch gegen konservative Führungsgruppen in Staat und Partei. Hier sehen die Autoren Gorbatschow in einem schwer zu überwindenden Konflikt: „Einerseits ist die Macht des Parteiapparats Haupthindernis für die Verwirklichung gesellschaftlicher Reformen, andererseits kann nur die Partei selbst wirkliche Veränderungen einleiten. Die Zentralmacht muß ausreichende ‚Unterdrückungsinstrumente‘ in den eigenen Händen behalten, um den Prozeß der Reformen zu gewährleisten. Zugleich muß sie den Freiraum schaffen, um überhaupt den Reformprozeß in Gang zu setzen und die Menschen zu motivieren und zu eigenem Engagement zu bewegen.“

Und je intensiver der Reformprozeß in vielen Bereichen der Sowjetgesellschaft an Boden gewinnt, desto mehr wird sich nach Einschätzung der Autoren der Konflikt in der Führung zuspitzen. Gegenwärtig scheint Gorbatschows Reformkurs noch unangefochten, aber sollten rasche ökonomische Erfolge ausbleiben, die Unzufriedenheit bei den „Umgestaltungsverlierern“ wachsen, könnte „politischer Widerstand in der Partei und den Staatsorganen zu einem explosivem Gemisch werden“.

Die Autoren bewerten den begonnenen Reformkurs nicht nur als eine neue Chance für den Sozialismus, sondern auch als eine Chance „für eine zweite Stufe der Ostpolitik“. Für die weltpolitische Konstellation kann der Reformkurs neue Perspektiven der Zusammenarbeit in Ost und West eröffnen, „die heute erst zu erahnen sind“. Verständigung zwischen Westeuropa und dem Ostblock im wiederentdeckten „gemeinsamen europäischen Haus“ (Gorbatschow) liegt ungeachtet der trennenden Systemgrenzen im Interesse der Menschen hier wie dort.

Ganz Europa, die Menschen in Ost und West, können von einem erfolgreichen Verlauf der „Erneuerung“ in der Sowjetunion nur „profitieren“. Deshalb, so fordern die Autoren, sollten sich „die Westeuropäer und speziell die Deutschen wieder stärker für die Entwicklung in Osteuropa und hier insbesondere in der Sowjetunion interessieren“. Das vorliegende Buch bietet nicht allein eine hilfreiche Orientierung zum Verständnis der Vorgänge in der Sowjetunion, es dürfte auch das Interesse an den vielversprechenden Reformen Gorbatschows wachhalten.

Dr. Karsten Schröder

(-/7.10.1987/rs/ks)

\* \* \*



## DOKUMENTATION

## Willy Brandt: Berliner Perspektiven (Teil II und Schluß)

Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt entwickelte am Samstag in Berlin in einem Vortrag Perspektiven für diese Stadt, die wir in zwei Teilen dokumentieren. Brandt sprach auf Einladung der Berliner SPD; Anlaß war seine Wahl zum Regierenden Bürgermeister vor 30 Jahren.

Wenn ich die Vorstufen zur Ostpolitik erwähne, um die es sich 1962/63 in Berlin handelte, will ich nicht unerwähnt lassen, daß die Mahnung zur Solidarität der Demokraten hier - von Ausnahmen abgesehen - nie so mißachtet wurde, wie das anderswo in deutschen Ländern üblich wurde - oder immer noch ist.

Doch es geht nicht nur um Exzesse, sondern auch um schleichende Gefahren, die aus Mickrigkeit und Kleinkariertheit erwachsen. Um ein Beispiel zu nennen: Wenn ich in großen Städten anderer Länder, wie kürzlich in Valencia, einen Platz oder einen Stein zum Gedenken an den Anfang vorigen Jahres ermordeten, im Kampf um Frieden und Menschenrechte weltweit ausgewiesenen schwedischen Premierminister Olof Palme einweihe, dann passiert es, daß man mich fragt: Was ist eigentlich aus der Ankündigung geworden, in Berlin einen Platz entsprechend zu benennen. Und dann schäme ich mich, die Wahrheit zu sagen, daß nämlich die Enge - um nicht zu sagen: Engstirnigkeit - einer parteipolitischen Mehrheit reicht, um nicht geschehen zu lassen, was hätte geschehen sollen. Dem Ansehen Berlins kommt das nicht zugute. Ich freue mich, daß meine Freunde aus Wedding nun dafür Sorge tragen, Anfang nächsten Jahres einer überbezirklichen Jugendbegegnungsstätte den Namen Olof Palme zu geben.

Wir wollten seinerzeit - ich darf dies noch einmal in Erinnerung rufen - dafür sorgen, daß das Nebeneinander der beiden deutschen Staaten organisiert werde, weil es so - vielleicht - zu einem kooperativen Miteinander kommen könnte, zu einem Miteinander trotz und in der Trennung. Dies mündet nicht in die Erfüllung von Träumen, die von Vergangenheit handeln. Aber es kann auf neue Weise zusammenfügen helfen, was zusammengehört.

Dies ist nichts Neues mehr. Die Anerkennung der DDR als Staat, die wir 1969 in Bonn vornahmen, führte zur erweiterten Möglichkeit der Begegnung von Menschen, zu mehr Sicherheit - potentiell auch: Entfaltungsmöglichkeit - für Berlin, zu einer Entspannung durch Gewaltverzicht im europäischen Rahmen und zu dem, was trotz aller Hindernisse durch den Helsinki-Prozeß bewirkt werden konnte.

Die Selbständigkeit der beiden deutschen Staaten, wie sie im Grundlagenvertrag formuliert ist, wird nun durchweg nicht mehr bestritten, sondern sie wird - wie es gegenwärtig aussieht - von der Zustimmung aller relevanten politischen Kräfte in Deutschland getragen. Wenn das so ist, können unerfüllbare Ansprüche uns nicht mehr daran hindern, die Kraft auf Zusammenarbeit zu konzentrieren. Gemeinsamkeit ist es, die zur neuen Chance wurde - zur Chance nicht zuletzt für Berlin.

Die beiden Briefe zur deutschen Einheit, damals in Moskau wie in Ost-Berlin übergeben, vor Vertragsunterzeichnung, waren nicht nur ein Zeichen, daß der Wunsch nach deutscher Selbstbestimmung durch die Verträge nicht untergeht, sondern auch ein Zeichen dafür, daß unsere Zukunftsvorstellungen diesen Verträgen nicht übergeordnet sind. Die beiden deutschen Staaten können nun einen wichtigen, sogar unentbehrlichen Beitrag dadurch leisten, daß sie gemeinsame Interessen analysieren und Vorschläge formulieren, die jeder von ihnen in seinem Bündnis einbringt. Sie werden damit umso erfolgreicher sein, je mehr sich in solchen Vorschlägen das europäische Interesse an Entspannung, Abrüstung und Sicherheit wiederfindet. Hier liegt die weltreichende Bedeutung von gemeinsamem Nachdenken über Projekte wie einen atomwaffen-freien Korridor, eine chemiewaffen-freie Zone, konventionelle Stabilität. Dies ist „neues Denken auf Deutsch“, als Teil eines neuen Denkens für Europa.



An dieser Stelle ist es nicht möglich, die Rahmenbedingungen für europäische Sicherheit im Einzelnen zu erörtern. Nur soviel: Ich halte Fortschritte bei den internationalen Verhandlungen - über den Bereich der Mittelstreckenraketen hinaus - für wahrscheinlich. Leichtsinnig wäre es jedoch, erneute Rückschläge und Verirrungen nicht von vornherein mit einzukalkulieren. Immerhin: Gemeinsame Sicherheit für Europa durch strukturelle Nichtangriffsfähigkeit wird langsam zu einem ernstgenommenen Thema. Dies ist das Ziel, das uns Europäern - mit Aufwand von einigem Verstand - die Geschichte bietet, wenn das erste Abkommen zwischen den beiden Weltmächten unterzeichnet sein wird. Dieses Ziel, vor einigen Jahren Utopie, kann in den Bereich des Möglichen rücken. Das wäre eine gewisse Entmilitarisierung des Ost-West-Konflikts, die Ersetzung der militärischen Konfrontation durch vernünftigeren Formen von Wettstreit und Zusammenarbeit - vor allem, aber nicht allein auf dem Gebiet des Ökonomischen. Das wäre wirklich ein Durchbruch und könnte einen neuen Abschnitt in der europäischen Geschichte einläuten. Und wer spürt nicht, welche zusätzlich neuen Chancen für Berlin sich hieraus ergäben.

Gewiß, es bleiben die „ideologischen Unterschiedlichkeiten“ (oder was man so nennt), die Unvereinbarkeiten der Systeme, also der politisch-gesellschaftlichen Ordnungen; auch die Unterschiedlichkeiten von Geschmack oder Fähigkeit der Besitzer, sich die eigenen Räume im neuerdings viel zitierten „Europäischen Haus“ einrichten zu wollen oder zu können. Aber das alles wäre untergeordnet dem Gesetz des Überlebens: Richtig verstandene Sicherheit zuerst.

An dieser Stelle ein Wort zu dem „Papier“, das führende Mitglieder von SPD und SED kürzlich veröffentlicht haben und in dem festgestellt wird, daß das Ringen zwischen den Ideologien dem Friedensinteresse unterzuordnen ist. Das ließe sich übrigens auch in wenigen Sätzen sagen, ebenso wie die Selbstverständlichkeit, daß Sozialdemokratie und Kommunismus gleichwohl unvereinbar bleiben.

Unsere schwedischen Freunde, die ich vor vierzehn Tagen auf ihrem Parteitag in Stockholm besuchte, meinten eine gewisse Länglichkeit anmerken zu sollen. Ich bat um Verständnis dafür, daß wir es bei deutschen Ausarbeitungen unter einer gewissen Länge stellen machen; und die Teilung habe hieran offensichtlich nichts geändert. Scherz beiseite: Hier in Berlin wird man besser als anderswo verstehen, was es für viele gerade in der DDR bedeutet, wenn gestützt auf den Text der erwähnten Ausarbeitung offener als bisher diskutiert werden kann. Der „Redneraustausch“, den wir 1966 vereinbart hatten und der dann nicht zustandekam, könnte auf etwas anderer Ebene und in weniger anklägerischer Attitüde nachgeholt werden, ich hätte mich darüber nicht zu beklagen.

Sagt nicht, Berlin - als Militärgelände eigener Ordnung - habe keinen Einfluß auf Erörterungen und Entscheidungen zu Grundfragen der deutschen und europäischen Sicherheit. Das wäre ein höchstens formaler Einwand, aber nicht einer, der den Realitäten der Meinungsbildung - zumal innerhalb der deutschen Parteien - gerecht wird.

Nun bin ich mir natürlich bewußt, daß ich nicht wirklich durchbuchstabiert habe, wovon ich vorhin ausgegangen war. Nämlich, wie es zu verstehen ist, daß man miteinander tun muß, was man gegeneinander nicht schafft. Und womit die Frage aufgeworfen ist, was Behörden und die hinter ihnen stehenden politischen Kräfte praktisch tun können, um gemeinsame Interessen wahrzunehmen, ohne weiterbestehende Gegensätze zu verwischen. Ich belasse es heute bewußt bei dem Hinweis, daß mir sachliche Klärungen im bundesdeutschen wie im alliierten Bereich für einige Zeit wichtiger erscheinen als Schattenspiele, wie sie im Vorfeld der 750-Jahr-Feier zu beobachten waren.

Und dann war da der andere, in ein Zitat gekleidete Hinweis, für westliche Basserungen werde der europäische Rahmen kaum genügen - eine Regelung der deutschen Verhältnisse müsse hinzukommen. Als einer, der über die Jahre nicht selten wütend war, wenn aus nicht nur edlen Motiven der sogenannte Vier-Mächte-Status gegen uns - vor allem gegen ein Anheben der Bindungen zwi-



schen Berlin und Bonn - ins Feld geführt wurde, will ich ausdrücklich betonen, daß ich mir in dieser Phase überhaupt nichts davon versprechen kann, Statusfragen aufzuwerfen. Von dieser Einschätzung bringen mich vage Andeutungen aus einer mir durchaus sympathischen Moskauer Quelle nicht ab, in denen dieser Tage von einer „Weiterentwicklung der Vier-Mächte-Vereinbarungen“ die Rede war.

Was die Regelung der europäischen und der deutschen „Verhältnisse“ angeht, so kann das Gewicht der erwähnten sicherheitspolitischen Projekte kaum überschätzt werden. Aber ich möchte nicht den Eindruck aufkommen lassen, als unterschätze ich die Bedeutung der wirtschaftlichen, ökologischen, wissenschaftlichen, kulturellen Zusammenarbeit - bilateral, zwischen den Wirtschaftsgemeinschaften, gesamteuropäisch. Und ich füge, nicht nur der guten Ordnung halber, hinzu, daß ich mir selbstverständlich darüber im Klaren bin, wie viel gewonnen wäre, wenn die Berliner Vorschläge und die der Sozialdemokraten für Verbesserungen im Luft- und Schienenverkehr und besonders auch im Besuchs- und Reiseverkehr hin- und herüber zügig verwirklicht würden.

Von den großen Tagungen, die sich im Programm für das nächste Jahr finden, wird die Jahreskonferenz von Weltbank und Internationalem Währungsfond unser besonderes Interesse beanspruchen können. Dort wird es ja nicht zuletzt darum gehen, ob endlich Fortschritte gemacht werden, um - auch im eigenen Interesse der Industriestaaten - die fürchterliche Schuldenkrise der Entwicklungsländer und den bedrückenden monetären Ressourcentransfer von Süd nach Nord in den Griff zu bekommen. Daß ich dabei die verkannte Interdependenz zwischen Überrüstung und Unterentwicklung für einen zentralen Punkt halte, dürfte zumindest in sozialdemokratischen Kreisen nicht mehr unbekannt sein.

Doch ich will der Ausweitung des Themas Einhalt gebieten. Ich will an euren geprüften Realitäts-sinn und an euer gesundes Selbstbewußtsein appellieren: Wir haben gelernt, uns nicht allzu hochgespannten Erwartungen hinzugeben. Doch wir wissen auch, daß blasierter Negativismus noch nie Bedeutendes auf den Weg gebracht hat. Deshalb lassen wir nicht nach in unserem Nachdenken darüber, wohin eine zweite Phase von Entspannungspolitik führen kann.

Meinen Berliner Freunden wünsche ich Erfolg, ich wünsche Gutes für Berlin.

(-/7.10.1987/rs/ks)

\* \* \*

